



Niederschrift

8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.03.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:16 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Klemund, Andreas	SPD	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	bis ca. 19:40 Uhr
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Utting, Brian	FDP/Familienpartei	
Frau von Halem, Marie Luise	Bündnis 90/Die Grünen	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Wartenberg, Claus	SPD	entschuldigt
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Ewers, für den GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Richter, KIS
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 11.03.2009
- 2 Stadtteilmanagement Waldstadt II
Vorlage: 08/SVV/0920
Fraktion DIE LINKE
- 3 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting
Vorlage: 08/SVV/0969
Fraktion FDP/Familien-Partei
auch in den Werksausschuss KIS
- 4 Beirat Potsdamer Mitte
Vorlage: 08/SVV/1044
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 5 Gestaltungsbeirat für Hochbauten in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0173
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2009
Vorlage: 09/SVV/0087
Oberbürgermeister, KIS
- 7 Überleitung des Eigenbetriebes "Stadtbeleuchtung Potsdam" auf eine Tochtergesellschaft der SWP
Vorlage: 09/SVV/0042
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 8 Beitritt bei Transparency International
Vorlage: 09/SVV/0059
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Familienpartei, SPD, CDU/ANW
- 9 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0085
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 10 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)
Vorlage: 09/SVV/0086
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 11 Anlaufstelle in Potsdam West
Vorlage: 09/SVV/0133
Fraktion SPD
- 12 Taxitarifverordnung
Vorlage: 09/SVV/0190
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 13 Selbstbindungsbeschluss Integriertes Entwicklungskonzept "Soziale Stadt Am Stern / Drewitz" Fortschreibung 2008 - 2012
Vorlage: 09/SVV/0197
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 14 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
Vorlage: 09/SVV/0137
Fraktion DIE LINKE
- 15 Fahrkartenkontrollen im Potsdamer ÖPNV
Vorlage: 09/SVV/0068
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 16 Vergabebericht der Landeshauptstadt Potsdam für 2008
Vorlage: 09/SVV/0176
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion FDP/Familienpartei
- 17 Mietsteigerungen begegnen
Vorlage: 09/SVV/0180
Fraktion DIE LINKE
- 18 Veränderung der Stärke des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen
Vorlage: 09/SVV/0181
Fraktion DIE LINKE
- 19 Mitteilungen der Verwaltung
- 19.1 Information zur Kaufhalle am Schilfhof
Bitte der Fraktion DIE LINKE

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 11.03.2009

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglie-

der bzw. stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, folgende Tagesordnungspunkte zurückzustellen:

- Tagesordnungspunkt 3 - Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting 08/SVV/0969 – hierzu fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen und des Werksausschusses KIS
- Tagesordnungspunkt 9 - Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam - 09/SVV/0085 – hierzu liegen noch weitere Änderungsanträge der Fraktionen vor, die nicht allen gleichermaßen bekannt seien. Der Oberbürgermeister bittet, alle noch geplanten Änderungswünsche umgehend an das Büro der StVV zu geben.
- Tagesordnungspunkt 10 – Entschädigungssatzung – 09/SVV/0086 – hierzu gibt es in der Arbeitsgruppe weiteren Beratungsbedarf
- Tagesordnungspunkt 11 - Anlaufstelle in Potsdam West - 09/SVV/0133 - hierzu fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen
- Tagesordnungspunkt 12 – Taxitarifverordnung - 09/SVV/0190 - hierzu fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen
- Tagesordnungspunkt 15 - Fahrkartenkontrollen im Potsdamer ÖPNV - 09/SVV/0068 – hier haben die Antragsteller um eine Zurückstellung bis zur Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen am 21.04.09 gebeten

Darüber hinaus bittet Frau von Halem namens der Antragsteller, den Tagesordnungspunkt 16 - Vergabebericht der Landeshauptstadt Potsdam für 2008 - 09/SVV/0176 – an den Rechnungsprüfungsausschuss zu überweisen und erst über die Drucksache zu beraten, wenn dieses Votum vorliegt.

Im Weiteren, so der Oberbürgermeister, werde er unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ eine Information zum Hedwig-Bollhagen-Museum geben.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Beschluss zur Unterbringung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Potsdam und die Zusage, monatlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung zu erstatten. Wenn diese Problematik ernst genommen werde, so sollte in dieser Sitzung ein Sachstand gegeben werden. Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Bericht unter „Mitteilungen der Verwaltung“ aufzunehmen.

Frau Dr. Müller bittet, den in der letzten Sitzung des Hauptausschusses zurückgestellten Änderungsantrag zur Fraktionsfinanzierung in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Oberbürgermeister schlägt vor, diesen nach dem Wirtschaftsplan KIS zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Beschlussfassung zur DS Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg" – DS 08/SVV/1016 und betont, dass er davon ausgehe, dass die Beschlussfassung mit dem Ziel erfolgt sei, eine entsprechende Baugenehmigung zeitnah zu erteilen. Dies sollte der Hauptausschuss nochmals deutlich machen, da diese Beschlussfassung sonst keinen Sinn mache.

Gegen die Feststellung des Oberbürgermeisters, es bestehe bezüglich der o. g. Beschlussfassung Einigkeit darüber, dass eine entsprechende Baugenehmigung umgehend erteilt werden solle, erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 7. Sitzung des Hauptausschusses vom 11. März 2009 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

zu 2 Stadtteilmanagement Waldstadt II

Vorlage: 08/SVV/0920

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die ablehnenden Stellungnahmen des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen sowie des Ausschusses für Finanzen.

Anschließend erläutert Herr Dr. Scharfenberg das Anliegen des Antrags und betont, dass damit den Entwicklungsbedarfen in der Waldstadt II Rechnung getragen und ein Stadtteilmanager nicht zu 100 % durch die Stadt finanziert werden solle. Herr Schubert entgegnet, dass z. B. die Vereine des Wohngebietes Schlaatz etwas Ähnliches abgelehnt hätten und es in der Waldstadt II ein ebenso aktives Vereinsleben gebe. Außerdem seien die Erfahrungen mit einem Manager in der Vergangenheit nicht besonders positiv. Ebenso spricht sich Herr Schröder gegen den Antrag aus. Seitens der Verwaltung gebe es einen Stadtteilmanager – nämlich Frau Juhasz, die ihre Arbeit deshalb nicht aufgeben werde.

Herr Dr. Scharfenberg betont abschließend, dass diese Forderung aus der Waldstadt II selbst komme. Für Frau Juhasz sei der Verantwortungsbereich viel zu groß und somit könne sie diesen Anspruch nicht ausfüllen. Eine Einwohnerzahl von 10.000 entspreche anderswo einer „vollständigen“ Gemeinde und somit halte die Fraktion DIE LINKE das Anliegen für durchaus berechtigt.

Anschließend wird der Antrag mit dem folgenden Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplanes für 2009 eine Position „Stadtteilmanagement Waldstadt II“ aufzunehmen und die notwendigen Voraussetzungen für die Besetzung einer solchen Stelle zu schaffen.

Der Antrag wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplanes für 2009 eine Position „Stadtteilmanagement Waldstadt II“ aufzunehmen und die notwendigen Voraussetzungen für die Besetzung einer solchen Stelle zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 8

Stimmenthaltung: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 3 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting

Vorlage: 08/SVV/0969

Fraktion FDP/Familien-Partei

zurückgestellt - fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen und des Werksausschusses KIS

zu 4

Beirat Potsdamer Mitte

Vorlage: 08/SVV/1044

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeister, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend gibt er die Empfehlung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen zur Kenntnis, dass die Aufgaben des Beirates Potsdamer Mitte zukünftig von einem Gestaltungsrat übernommen werden sollen.

Die vom o. g. Ausschuss vorgeschlagenen Textfassungen mit dem Wortlaut:
DS 08/SVV/1044:

Der Beirat „Potsdamer Mitte“ wird nicht neu berufen. Die SVV dankt den Mitgliedern des Beirates „Potsdamer Mitte“ für die geleistete Arbeit.

und

DS 09/SVV/0173

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die nötigen Schritte zur Bildung eines Gestaltungsbeirats für neu zu errichtende Hochbauten in der Landeshauptstadt Potsdam einzuleiten. Der ~~Beirat~~ soll die Stadt in Bezug auf Gestaltungsfragen bei wichtigen, stadtbildprägenden neu zu errichtenden Hochbauten beraten. Neben dem stattfindenden öffentlichen Diskurs soll **ein Rat** die jeweils auftauchenden Fragestellungen zunächst intensiv diskutieren und die Ergebnisse dem Ausschuss für Stadtentwicklung **planung und Bauen und Wohnen** und der Öffentlichkeit vermitteln.

Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung zur ~~Berufung des Gremiums~~ bis Oktober 2009 vorzulegen.

werden verlesen. Der geänderte Beschlusstext zur DS 09/SVV/0173, so der Oberbürgermeister, wurde von der Antragstellerin übernommen. Auf seine Feststellung, dass kein Vertreter der Gruppe Die Andere anwesend sei, um zum geänderten Beschlusstext des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen Stellung zu nehmen, entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass sich Herr Boede bereits für einen Gestaltungsrat ausgesprochen habe. Dies könne in der Sitzung der StVV nochmals zu Protokoll genommen werden, wenn entsprechender Bedarf vorhanden sei.

Anschließend werden die o. g. Beschlusstexte zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Beirat „Potsdamer Mitte“ wird nicht neu berufen. Die SVV dankt den Mitgliedern des Beirates „Potsdamer Mitte“ für die geleistete Arbeit.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 5

zu 5

Gestaltungsbeirat für Hochbauten in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0173

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

siehe Tagesordnungspunkt 4

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die nötigen Schritte zur Bildung eines Gestaltungsrates in der Landeshauptstadt Potsdam einzuleiten. Der Rat soll die Stadt in Bezug auf Gestaltungsfragen bei wichtigen, stadtbildprägenden neu zu errichtenden Hochbauten beraten. Neben dem stattfindenden öffentlichen Diskurs soll Rat die jeweils auftauchenden Fragestellungen zunächst intensiv diskutieren und die Ergebnisse dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen und der Öffentlichkeit vermitteln.

Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung bis Oktober 2009 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 6 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2009
Vorlage: 09/SVV/0087
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Fraktionsfinanzierung
Oberbürgermeister, KIS

Herr Exner informiert über eine Beratung der Kommunen im Finanzministerium und ein Schreiben des Städte- und Gemeindebundes. In beiden gehe es um neue Auflagen des Bundes zur Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II, die zur Folge haben, dass diese Mittel nicht für Horte genutzt werden dürfen, für die Sanierung von Schulen nur unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Energieeffizienz und da der Bund nur Projekte fördern dürfe, für die er originär zuständig sei, auch keine für die Bildung. Abhilfe könne eine Grundgesetzänderung schaffen, die es noch vor der Sommerpause gebe solle. Bis zur Beschlussfassung der Haushaltssatzung am nächsten Mittwoch könne man einerseits nicht alle Unklarheiten beseitigen, wolle aber andererseits möglichst schnell Maßnahmen in Angriff nehmen. So werde die vorliegende Planung nochmals überarbeitet. Gleichzeitig, so Herr Exner, empfehle das Innenministerium bezüglich der Planung und der Wertgrenzen so flexibel wie möglich zu bleiben, um schnell reagieren zu können. Im Weiteren verweist er darauf, dass das Land Brandenburg im Gegensatz zu anderen Ländern das volle Risiko der Mittelverwendung auf die Kommunen „abwälzen“ werde, so dass diese in vollem Umfang haften. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass diese Problematik bereits in der letzten Woche beim Treffen der Oberbürgermeister der ostdeutschen Länder eine Rolle gespielt habe. Zu diesem Zeitpunkt seien aber alle davon ausgegangen, dass diese durch eine Grundgesetzänderung beseitigt werden könne. Neu hinzugekommen sei nun die Auflage, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket nicht für Bildung zu verwenden seien. Weil in diesem Bereich die Not am größten sei, sei das absolut unverständlich.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf ein Schreiben des Finanzministeriums, aus dem für ihn eindeutig hervorging, dass das Land Verantwortung übernehme. Wenn das jetzt nicht so sei, bestehe seiner Meinung nach akuter Handlungsbedarf – denn wie bereits festgestellt, verfahren andere Bundesländer nicht so. In Kenntnis der jetzigen Situation sei für ihn immer unverständlicher, dass die Stadt nach Bekanntwerden des Konjunkturpakets Mittel für Schulen herausgelöst habe, um diese für die L 40 zu verwenden. Er fragt, ob damit der zusätzliche Finanzbedarf gedeckt oder diesbezüglich noch mehr zu erwarten sei. Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet darauf, dass derzeit nicht damit zu rechnen sei – mit dem

entsprechenden Antrag für die Stadtverordnetenversammlung werde die Verwaltung die Kosten konkret darstellen. Der Oberbürgermeister weist einschränkend darauf hin, dass es schon Mehrbedarf gebe – sich das Land aber daran beteilige. Die Nachfrage von Herrn Dr. Gunold, ob auch der motorisierte Individualverkehr mit erfasst sei, wird bejaht.

Frau Dr. Schröter drückt ihr Unverständnis bezüglich der neuen Auflagen des Landes aus, denn gerade Schulen und Kitas seien das Credo des Konjunkturpaketes gewesen. Sie fragt, ob auf diese Art das Naturkundemuseum nun doch noch finanziert werden könne.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Schule in Eiche „kommen“ müsse – darüber bestehe Einigkeit. Da die Schule nun nicht aus dem Konjunkturpaket finanziert werden könne, müsse man prüfen, wie diese Mittel durch entsprechende Mittel der Stadt ersetzt werden können, um letztlich das Vorhaben realisieren zu können. Dafür müsse der Werkleiter des KIS Maßnahme für Maßnahme durchgehen und Mittel umschichten.

Frau Knoblich fragt, wie weit oder eng gefasst man Schule jetzt definieren müsse, z. B. in Bezug auf die Mehrzweckhalle Luftschiffhafen mit einem gewissen Anteil von Schulsport. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dieser Anteil so gering sei und damit die Investition in Richtung „Sport“ gehe.

Herr Schröder führt aus, dass mit der jetzigen Grundlage der Wirtschaftsplan „umgestrickt“ werden müsse, was sicher bis zum nächsten Mittwoch schwer leistbar sei. Er fragt, ob es diesbezüglich einer Vorbehaltsklausel in der Beschlussfassung bedarf. Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Wirtschaftsplan heute nur zur Kenntnis zu nehmen und alle Änderungen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu besprechen. Er macht nochmals nachdrücklich darauf aufmerksam, dass zur Umsetzung aller Investitionen eine größtmögliche Flexibilität erforderlich sei. Deshalb sollten die Wertgrenzen so geändert werden, dass der Hauptausschuss Beschlüsse fassen und damit schnell auf aktuelle Ereignisse reagiert werden könne. Herr Dr. Scharfenberg äußert dazu Bedenken – er meine, die StVV und der Hauptausschuss seien „das flexibelste, was es gebe“; im Gegensatz dazu seien die Verwaltungsabläufe starr. Er bittet die Verwaltung, bis zur Sitzung der StVV am 01.04.09 eine Prüfung vorzunehmen, welche die Variante sei, die am sichersten zur Umsetzung aller Schul- und Kita-Vorhaben führe und die Umwidmung der Mittel wieder rückgängig mache.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wird der Wirtschaftsplan KIS zur Kenntnis genommen und sich auf eine Beschlussfassung in der nächsten Sitzung der StVV geeinigt.

Wie bei der Feststellung der Tagesordnung festgelegt, wird nun der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit folgendem Wortlaut aufgerufen:

Produkt 1114100.5492000 – Die Mittel für die Finanzierung der Arbeit der Fraktionen und Gruppen werden von 320.000 Euro um 27.999,75 Euro auf 347.999,75 Euro erhöht.

Die Erhöhung setzt sich wie folgt zusammen:

1. Pro-Kopf-Finanzierung der 5 Mitglieder der Gruppen für 2009: 22.399,80 Euro

Nachzahlung der Pro-Kopf-Finanzierung der 5 Mitglieder der Gruppen für Oktober – Dezember 2008 (gem. Beschluss der StVV): 5.599,95 Euro.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass der Hauptausschuss bereits einen Beschluss mit dieser Zielstellung gefasst habe, der dann in der darauffolgenden Sitzung zurückgezogen wurde, weil mit der DS 09/SVV/0053 – Fraktionsfinanzierung- nur über die Art der Verteilung – nicht aber über die Summe beschlossen

wurde. Die Verabredung, Letzteres mit der Haushaltssatzung zu diskutieren und zu beschließen, müsse nun umgesetzt werden. Sie bittet, das Ergebnis der im letzten Hauptausschuss festgelegten Prüfung darzulegen.

Frau Ziegenbein führt aus, dass der Änderungsantrag so nicht umgesetzt werden könne, weil mit dem Beschluss zur Fraktionsfinanzierung eine Aufteilung der im Haushalt eingestellten Mittel von 30 % für einen Sockelbetrag und von 70 % für einen Pro-Kopf-Betrag festgelegt wurde. Eine Erhöhung in der vorgeschlagenen Art und Weise würde nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, weil der o. g. Beschluss eine Unterscheidung der Mittelverwendung nicht zulasse. Um das Anliegen, einerseits für Gruppen eine Zuwendung zu ermöglichen und andererseits die bisherigen Zuwendungen an die Fraktionen nicht abzusenken, müsste die im Haushalt eingestellte Summe von 320.000 Euro auf 345.000 Euro erhöht werden. Um die Nachzahlung an die Gruppen für die Monate Oktober – Dezember 2008 zu gewährleisten, ohne eine Verrechnung bei den Fraktionen vorzunehmen, sind einmalig 6.000 Euro einzustellen. Dazu müsste eine Erläuterung beschlossen werden, dass diese Summe einmalig für 2009 eingestellt und ausschließlich für die Nachzahlung an die Gruppen zu verwenden ist.

Herr Exner betont, dass 320.000 Euro sowohl im Haushaltsentwurf als auch im Haushaltssicherungskonzept enthalten seien. Letzteres trage auch zur Genehmigung der Haushaltssatzung bei, denn dadurch weise die Stadt ihren herausragenden Konsolidierungswillen nach. Eine Erhöhung der Mittel ziehe die Streichung aus dem Haushaltssicherungskonzept nach sich – dessen müsse man sich bewusst sein.

Frau Dr. Müller entgegnet, dass sie diese Diskussion als außerordentlich unangenehm empfinde, zumal die StVV in den letzten Jahren um keine Mittelenerhöhung gebeten habe. An anderer Stelle sei durchaus Geld vorhanden – nur hier wolle die Verwaltung die Bestände sichern. Dies, so der Oberbürgermeister, treffe auch auf andere Bereiche zu und er meine, man solle heute keine Entscheidung dazu treffen. Herr Dr. Scharfenberg betont nochmals nachdrücklich, dass in der Sitzung der StVV auf eine Abstimmung des bereits im Hauptausschuss mehrheitlich empfohlenen Änderungsantrages verzichtet wurde, weil die Verwaltung ein Handeln in diesem Sinne zugesagt habe.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass sich der Hauptausschuss nicht mit den Konsequenzen einer Beschlussfassung in der StVV befassen könne. Um den vorliegenden Änderungsantrag umsetzen zu können, bedürfe es einer Deckung und weil diese Maßnahme aus dem HSK gestrichen werde, müsse das zu Lasten eines anderen Kontos gehen. Die StVV könne nicht „munter“ beschließen und die Konsequenzen offen lassen.

Herr Schröder macht darauf aufmerksam, dass die Stadtverordneten nur eine Erhöhung für anteilig 6 Stadtverordnete mehr verlangen und wenn man die vorliegenden 320.000 Euro für 50 Stadtverordneten zu Grunde lege, ergeben sich genau 25.000 Euro mehr – was wiederum genau dem Änderungsantrag entspreche. Ausnahmesituation seien die 6.000 Euro für die einmalige Nachzahlung an die Gruppen für 2008. Somit bleibe man in der HSK-Maßnahme und wenn die Verwaltung nicht einlenke, müsse eine entsprechende Entscheidung in der StVV getroffen werden. Allerdings hatte Herr Exner eine Prüfung in der letzten Hauptausschusssitzung bereits zugesagt.

Frau Dr. Müller bittet, die Verabredung in das Protokoll aufzunehmen, da dies bereits beim letzten Mal vereinbart und durch die Verwaltung nicht eingehalten wurde.

Herr Exner betont abschließend, dass dieser Antrag auch im Rahmen der Änderungsanträge für den Haushalt gestellt wurde, den Ansatz um 25.000 Euro zu

erhöhen und 6.000 Euro für eine Nachzahlung einzustellen. Er macht darauf aufmerksam, dass damit das Haushaltsdefizit erhöht und die Maßnahme aus dem HSK gestrichen werde.

Der Oberbürgermeister fasst im Ergebnis der Diskussion zusammen, dass die Haushaltsansätze bezüglich des gestellten Änderungsantrages durch die Verwaltung zu prüfen seien. Sollte diese Summe beschlossen werden, erfolge die Streichung der Maßnahme aus dem HSK.

zu 7 Überleitung des Eigenbetriebes "Stadtbeleuchtung Potsdam" auf eine Tochtergesellschaft der SWP

Vorlage: 09/SVV/0042

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Exner bringt die Vorlage ein; der Oberbürgermeister informiert, dass seinerseits der Personalrat über die Behandlung der Beschlussvorlage informiert und eingeladen wurde. Warum kein Vertreter anwesend sei, könne er jedoch nicht sagen.

Im Weiteren werden die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses beantwortet, so von Herrn Schubert zur Überführung der Mitarbeiter nach dem bisher üblichen Verfahren und zur Kaufpreisermittlung bzw. –zusammensetzung, von Herrn Dr. Scharfenberg zum Verhältnis zwischen den in Aussicht stehenden Einnahmen und dem Anlagevermögen sowie den Auswirkungen bezüglich der Mehrwertsteuerzahlung und von Herrn Dr. Gunold zu den aufgeführten Synergieeffekten.

Herr Exner bestätigt in seinen Ausführungen, dass die Personalüberleitung in ähnlicher Art wie z. B. bei der Bäderlandschaft erfolgen werde, so dass den Beschäftigten keine Nachteile entstehen. Bezüglich des Kaufpreises verweist er darauf, dass dies ein geschätzter Wert sei. In einem anzufertigenden Gutachten müsse das konkret ausgewiesen werden und man müsse dabei nicht nur auf das Anlagevermögen, sondern auch auf die Seite der Verbindlichkeiten schauen, um das realistisch zu betrachten. Bezüglich der Mehrwertsteuer betont er, dass auch ein Eigenbetrieb diese zahlen müsse – die Frage bezieht sich wohl eher darauf, dass nun die Stadt Mehrwertsteuer für Leistungen bezahlen müsse, die sie in Anspruch nehme. Diesbezüglich gehe man davon aus, dass das leistbar sei.

Herr Lehmann verweist auf eine fast gleichlautende Antragstellung der Fraktion CDU in der letzten Wahlperiode, die 4 Jahre „geschoben“ und letztlich abgelehnt worden sei. Wenn jetzt die Verwaltung zu genau der gleichen Erkenntnis komme, werde seine Fraktion das unterstützen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, was passiere, wenn die Beschlussfassung einen Monat später erfolge, entgegnet der Oberbürgermeister, dass dies Bestandteil des Haushaltsbeschlusses sei und deshalb in diesem Kontext zu sehen sei. Er werde den Personalrat um eine schriftliche Stellungnahme bis zum Montag zu den Fraktionssitzungen bitten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Eigenbetrieb „Stadtbeleuchtung Potsdam“ der Landeshauptstadt Potsdam wird mit Wirkung zum 01.01.2010 auf eine noch zu gründende Tochtergesellschaft der Stadtwerke Potsdam GmbH übertragen.

2. Der Gründung einer Tochtergesellschaft der Stadtwerke Potsdam GmbH wird zu diesem Zweck zugestimmt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die hierzu erforderlichen Vorbereitungshandlungen vorzunehmen, insbesondere ist der Wert des Eigenbetriebes gutachtlich zu ermitteln sowie die für das Vorhaben nach der Kommunalverfassung erforderlichen Schritte einzuleiten.
4. Im Rahmen des Betriebsübergangs werden die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter des Eigenbetriebes auf die zu gründende Gesellschaft überführt.
5. Die für die Übertragung des Eigenbetriebes als derzeitigem Sondervermögen der Landeshauptstadt Potsdam erforderlichen Verträge sind der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
 Ablehnung: 1
 Stimmenthaltung: 3

zu 8 Beitritt bei Transparency International

Vorlage: 09/SVV/0059

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP/Familienpartei, SPD, CDU/ANW

Der Oberbürgermeister informiert eingangs, dass er sich darum bemüht habe, einen Vertreter der Organisation Transparency International einzuladen und ihn hier im Hauptausschuss dazu zu hören. Dies sei leider nicht gelungen, werde aber nachgeholt, um den Prozess, der sich aus der Mitgliedschaft ergibt, zu besprechen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Stadt mit der Beschlussfassung nicht automatisch Mitglied in der Organisation sei, sondern sich dies „verdienen“ müsse, was mit entsprechenden Aufgaben verbunden sei.

Anschließend erläutern Herr Exner und Herr Dr. Pokorny Forderungen, Aufgaben, Inhalte und Zielstellungen der Organisation. Dazu werden den Hauptausschussmitgliedern Unterlagen ausgereicht, die der Originalniederschrift als Anlage beigelegt werden.

Herr Boede stellt fest, dass sich hier Dinge wiederfinden, die seit langem gefordert werden und von der Stadt mit der Begründung abgelehnt worden seien, dass das nicht möglich ist. Jetzt werde genau das vorgeschlagen, was er als sehr merkwürdig empfinde. Im Weiteren habe die Stadt sich verpflichtet, jährlich einen Korruptionsbericht vorzulegen – dieser sei für das Jahr 2008 bereits überfällig.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass sich die Maßnahmen im Rahmen der geltenden Gesetze bewegen. Er fordert Herrn Boede auf, der Thematik eine Chance zu geben und es darauf ankommen zu lassen. Bezüglich des Berichts führt Herr Dr. Pokorny aus, dass dieser in Vorbereitung sei und noch vor der Sommerpause vorgelegt werde.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, welche Instrumente zur Korruptionsprävention eingesetzt werden, nennt Herr Dr. Pokorny die Rotation von Mitarbeitern, die korruptionsgefährdete Stellen bekleiden.

Der Oberbürgermeister verweist abschließend darauf, dass das nicht die vor-

nehmliche Aufgabe der Verwaltung sei, sondern dies ebenso die Gemeindevertretung betreffe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die korporative Mitgliedschaft der Landeshauptstadt bei Transparency International zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

- zu 9 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 09/SVV/0085
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
zurückgestellt
- zu 10 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)**
Vorlage: 09/SVV/0086
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
zurückgestellt
- zu 11 Anlaufstelle in Potsdam West**
Vorlage: 09/SVV/0133
Fraktion SPD
zurückgestellt
- zu 12 Taxitarifverordnung**
Vorlage: 09/SVV/0190
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
zurückgestellt
- zu 13 Selbstbindungsbeschluss Integriertes Entwicklungskonzept "Soziale Stadt Am Stern / Drewitz" Fortschreibung 2008 - 2012**
Vorlage: 09/SVV/0197
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein. Anschließend beantworten sie und Frau Frau Juhasz die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. So von Herrn Dr. Scharfenberg zur Stadtteilschule Drewitz, von Herrn Lehmann zur Bevölkerungsentwicklung sowie von Frau Dr. Schröter, ob dies ein Selbstbindungsbeschluss sei.

Im Weiteren regt Herr Schröder an, die Nachnutzung der barrierefreien Räumlichkeiten in Drewitz, nach Auszug der GEWOBA, bezüglich einem betreuten

Wohnen o. ä. zu prüfen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das Integrierte Entwicklungskonzept "Soziale Stadt Am Stern / Drewitz" – Fortschreibung 2008 bis 2012 ist als Grundlage für die Umsetzung des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" im Fördergebiet "Am Stern / Drewitz" im Zeitraum bis 2012 anzuwenden.

Die Fördergebietskulisse wird erweitert. (siehe Karte - Gebietsabgrenzung)

Auf veränderte Rahmenbedingungen und Handlungserfordernisse ist auch in Zukunft durch Fortschreibungen des Entwicklungskonzeptes zu reagieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 14 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
Vorlage: 09/SVV/0137
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert eingangs über das Ergebnis der Beratung des Ausschusses für Bildung und Sport, der mehrheitlich dem vorliegendem Änderungsantrag der Fraktion SPD gefolgt ist.

Anschließend erläutert Herr Dr. Scharfenberg die „Entstehungsgeschichte“ dieses Antrags und äußert sein Erstaunen über den jetzt vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion SPD. Die darin enthaltene Fragestellung sei zwar interessant, werde aber ohne Inhalte des Antrages der Fraktion DIE LINKE der Ausgangslage nicht gerecht. Er schlägt vor, beide Anträge miteinander zu verbinden und sich bei der Realisierung des Anliegens die notwendige Zeit zu lassen. Herr Schubert spricht sich gegen diesen Vorschlag aus und bittet um eine getrennte Abstimmung beider Anträge.

Herr Schröder führt aus, dass er beide Anträge für wichtig halte, um sie weiter zu verfolgen. Es lohne sich, darüber nachzudenken, wie man die Bildungsinhalte aus dem Kita-, Hort- und Schulbereich miteinander verknüpfen könne. Er habe im Ausschuss für Bildung und Sport, allerdings erst nach der Abstimmung der Anträge die Bildung einer Arbeitsgruppe beim Schulverwaltungsamt vorgeschlagen, in der Vertreter des Ausschusses für Bildung und Sport und Vertreter des Jugendhilfeausschusses diese Fragen erörtern und zu einem Ergebnis führen. Deshalb sollte die Punkte des Änderungsantrages an den Antrag der Fraktion DIE LINKE „angehängen“ und zur weiteren Beratung an den Bildungsausschuss zurücküberwiesen werden.

Nach einer weiteren Verständigung zum Abstimmungsprozedere und dem Einverständnis von Herrn Schubert namens der Fraktion SPD zu dem vorgeschlagenen Verfahren, wird der Antrag an den **Ausschuss für Bildung und Sport zurückverwiesen**.

zu 15 Fahrkartenkontrollen im Potsdamer ÖPNV
Vorlage: 09/SVV/0068
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

zurückgestellt

zu 16 Vergabebericht der Landeshauptstadt Potsdam für 2008
Vorlage: 09/SVV/0176
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion FDP/Famileinpartei

Mit Feststellung der Tagesordnung überwiesen an den Rechnungsprüfungsausschuss und der Behandlung im Hauptausschuss, wenn ein entsprechendes Votum dazu vorliegt.

zu 17 Mietsteigerungen begegnen
Vorlage: 09/SVV/0180
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Antragstellerin den vom Ausschuss für Gesundheit und Soziales geänderten Beschlusstext übernommen habe. Er informiert über eine diesbezügliche Veranstaltung in der letzten Woche, die im Alten Rathaus stattgefunden habe. Im Ergebnis sei festzustellen, dass auch andere Städte in einer vergleichbaren Situation seien, es aber unterschiedlichste Möglichkeiten gebe, dieser zu begegnen. Er glaube, dass die größten Effekte zu erreichen seien, wenn mehrerer dieser Maßnahmen gebündelt werden können. Insofern halte er den vorgeschlagenen, ergänzten Beschlusstext für sehr „weise“.

Herr Dr. Scharfenberg bestätigt die Übernahme des geänderten Beschlusstextes und hofft auf eine in diesem Sinne zu führende Diskussion z. B. im Zusammenhang mit der Zuführung finanzieller Mittel der städtische Pro Potsdam GmbH zur Haushaltskonsolidierung. Diese Mittel sollten für die Schaffung preiswerter Wohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsschichten eingesetzt werden, auch um der Tatsache zu begegnen, dass Genossenschaften günstiger seien als das städtische Wohnungsunternehmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen zu prüfen, welchen konkreten Beitrag das kommunale Wohnungsunternehmen zur Erhaltung preiswerter Wohnungsbestände in der Landeshauptstadt leisten kann.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 18 Veränderung der Stärke des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen
Vorlage: 09/SVV/0181
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und begründet das Anliegen mit einem hohen Arbeitsaufwand im Ausschuss Stadtplanung und Bauen, der sich u. a. aus zahlreichen Überweisungen von Anträgen und Beschlussvorlage aus der StVV ergebe. Die Diskussion sollte auf breitere Schultern verteilt und die Gruppen mit einbezogen werden.

Der Antrag wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Stärke des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen soll von derzeit 7 Mitgliedern auf eine Mitgliederstärke von 11 Stadtverordneten erweitert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 8

Stimmenthaltung: 0

Damit ist der Antrag **abgelehnt**:

zu 19 Mitteilungen der Verwaltung

zu 19.1 Information zur Kaufhalle am Schilfhof

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert den diesbezüglich abgeschlossenen Durchführungsvertrag sowie den Zeitraum und die Art der Umsetzung des Ersatzbaus. Entsprechend dem Durchführungsvertrag werde die alte Einrichtung so lange in Funktion bleiben, bis die neue fertiggestellt sei. Laut Investor sei damit im September 2009 zu rechnen – erst danach – also von Oktober bis Dezember 2009 – werde mit dem Abriss begonnen. Im Weiteren sei der Neubau einer kleineren Einrichtung vereinbart, womit im Frühjahr 2010 begonnen werde und deren Fertigstellung im Oktober/November 2010 geplant sei.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf geäußerte Bedenken, dass sich der Investor über eine Ablöse von dem Vorhaben eines kleineren Ersatzbaus verabschieden könne und fragt, ob diese Bedenken geteilt werden. Im Weiteren habe er von Plänen des Investors erfahren, den Ersatzbau mit Wohnungen zu verbinden, d. h. mit der Möglichkeit altersgerechtem oder studentischem Wohnen. Er fragt, ob eine diesbezügliche Baugenehmigung bis Mai d. J. beantragt werden müsse.

Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass eine Antragstellung bis Ende des Jahres ausreichend sein würde und die Verwaltung sich um eine vollständige und fristgerechte Antragstellung bemühen werde. Der Investor habe in einem Schreiben mitgeteilt, dass derzeit die Möglichkeit altersgerechten oder studentischen Wohnens geprüft werde. Sobald diese Ideen konkretisiert seien, werde dies im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorgestellt.

neu Hedwig-Bollhagen-Museum

Der Oberbürgermeister informiert über die überraschende Mitteilung der Stiftung, von der Ausstellung Abstand nehmen zu wollen. Der Versuch, mit der Stiftung Kontakt aufzunehmen, um das zu verhindern, sei nicht gelungen und so wolle er noch vor Ostern mit dem Anwalt der Erbgemeinschaft, Lothar de Maiziére, zu einem Gespräch mit allen Beteiligten einladen, um die Ausstellung in der Hermann-Elflein-Straße doch noch etablieren zu können, obwohl es zwischen der Gesellschaft und der Stiftung unterschiedliche konzeptionelle Vorstellungen gebe. Das sei auch im Interesse der Stadt, denn hier wurden bereits zahlreiche Voraussetzungen im Haus „Im Guldernen Arm“ geschaffen und entsprechendes Geld in die Hand genommen worden, neben diesem auch für ein Gutachten zur Rolle der Hedwig Bollhagen in der Nazi-Zeit sowie für die personelle Ausstattung.

neu Umzug des Asylbewerberheims

Frau E. Müller informiert darüber, dass die Kündigung des alten Vertrages und der neue Vertragsabschluss auf den Weg gebracht seien und der Umzug ab April sukzessive erfolgen werde. Derzeit prüfe der neue Träger mit den Asylbewerbern, wer von den Einzelpersonen mit wem zusammen in eine Wohnung ziehen wolle, um die Problematik der Durchgangszimmer zu lösen. Dieses werde durch

die Stadt begleitet und habe gestern im Rahmen eines „Thementisches“ seinen Auftakt gefunden. In diesem Rahmen sei sehr deutlich geworden, dass die Bewohner des Schlaatzes meinen, dass dieser „Stadtteil ein ordentlicher sei, mit ordentlichen Menschen und ordentlichen Wohnungen“. Die Bewohner haben sich gegen eine Darstellung des Schlaatzes als Problemwohngebiet ausgesprochen und verabredet, attraktive Angebote zu unterbreiten, die auch Bewohner anderer Stadtteile anziehe. Sie habe den Eindruck, dass sich die Menschen vor Ort ernst genommen fühlen, weil mit ihnen über die Problem offen geredet wurde.

Anschließend bemängelt Herr Dr. Scharfenberg, dass diese Thematik nicht von vornherein in die Tagesordnung aufgenommen wurde und äußert sich über die gewählte Vorgehensweise überrascht. Der Ausgangspunkt nach entsprechender Faktenlage sei gewesen, dass dieses Wohngebiet besondere Bedingungen habe, die mit der gestrigen Veranstaltung nicht wiedergespiegelt werden. Er fragt im Weiteren nach, ob sich die angekündigte Arbeitsgruppe gebildet habe, die sich kontinuierlich mit diesen Fragen beschäftige und wie das Gesamtkonzept ausgefüllt und gesichert werde. Diese Arbeitsgruppe, so Frau E. Müller, sei eingerichtet und das Gesamtkonzept fast fertig, so dass derzeit dazu Gespräche geführt werden können. Sie macht deutlich, dass niemand Probleme negieren wolle, sondern es den Menschen darum gehe, die positiven Dinge hervorzuheben und nicht immer als Problemstadtteil kommuniziert zu werden. Das bedarf einem hohen Maß an Aufmerksamkeit, dem seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Trägern vor Ort auch Rechnung getragen werde. Die dafür zur Verfügung gestellten 65.000 Euro seien derzeit noch nicht verplant.

Bezug nehmend auf die Forderung von Herrn Boede, die Unterbringung der Asylbewerber entsprechend des Integrationskonzeptes stärker zu verfolgen, verweist sie darauf, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine Unterbringung in Wohnungen gebe und sie an dem praktizierten mehrstufigen Verfahren festhalten werde.

Im Weiteren werden die Meinungen zur aufsuchenden Sozialarbeit, zum Netzwerk der freien Träger im Stadtteil und zu nachbarschaftlichen Initiativen ausgetauscht.

Der Forderung von Herrn Dr. Scharfenberg entsprechend, die Veranstaltungspläne und Themenvorschläge bereits im Vorfeld zu erhalten, um sich entsprechend vorbereiten zu können, wird zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine entsprechende Übersicht ausgereicht. Bezug nehmend auf die geforderte Unterstützung der Stadt und die Frage nach der konzeptionellen Planung schlägt der Oberbürgermeister eine Diskussion der Rahmenbedingungen des Konzeptes in der nächsten Hauptausschusssitzung vor.

Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg bittet, eine Berichterstattung zum Transformationsprozess am Klinikum „Ernst von Bergmann“ in die nächste Sitzung des Hauptausschusses aufzunehmen. Daran anschließend bittet Frau Dr. Müller um die Aufnahme eines Berichts zur Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich 1 - ausdrücklich im öffentlichen Teil der Sitzung – einschließlich der Ergebnisse und Schlussfolgerungen.

Im Weiteren erinnert Herr Dr. Scharfenberg an den zugesagten Bericht zur Effektivität der Holding-Bildung der Pro Potsdam, was in einen der nächsten Hauptausschusssitzungen realisiert werden sollte.

Darüber hinaus führt Herr Dr. Scharfenberg Bezug nehmend auf die Zusage der Verwaltung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, die Verfahren bezüg-

lich der Vorlage zur Geschäftsführerbestellung des Luftschiffhafens eine Prüfung der Kommunalaufsicht zu veranlassen, aus, dass ihn die anschließenden Zeitungsmeldungen, eine Bestellung sei bereits erfolgt, sehr verwundert haben.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass mit der Wahl eine Bestellung mit Wirkung vom 01.04.2009 erfolgt sei, der ein entsprechender Gesellschafterbeschluss zu Grunde liege. Auch wenn der Beschluss der StVV angezweifelt werde, so habe das keine aufschiebende Wirkung. Vorsorglich habe er jedoch die Vorlage nochmals auf die Tagesordnung setzen lassen, für den Fall, dass die Abstimmung wiederholt werden müsse. Auch die über die Presse geforderte Mandatsniederlegung sei beim Kreiswahlleiter angezeigt worden und zum 31. März 09 wirksam.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob der Forderung aus der letzten Hauptausschusssitzung, die Tonbänder nicht zu löschen, so lange die Angelegenheit nicht geklärt sei, nachgekommen werde, verweist Frau Ziegenbein auf eine Information in der letzten Sitzung des Präsidiums der StVV. Diese Forderung stehe nicht im Einklang mit der Brandenburgischen Kommunalverfassung, die eine Löschung der Bänder nach der darauf folgenden Sitzung festschreibe.